

Krakauer Zeitung.

Nr. 171.

Donnerstag den 28. Juli

1864.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierzehntägiger Abonnementpreis:

Preis für Krakau 3 fl., mit Versandung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Mrt., einzelne Nummern 5 Mrt.

Redaktion, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

VIII. Jahrgang.

Gebühr für Infektionen im Amtsblatt für die viergezählten Periode 5 Mrt., im Anzeigblatt für die erste Ein-
rückung 3 Mrt., für jede weitere 3 Mrt. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Mrt. — Inferat-Bestellungen und
Gelder übernimmt Karl Budweiser. — Bestellungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Nr. 647.
Für die Verwundeten unserer in Schleswig-Holstein kämpfenden f. f. Armee und für die Gas- blendlustigen sind neuerlich eingegangen und der Be- stimmung zugeführt worden.

Im Mai 1864
Geld für die Verwundeten Gablenz und vom Herrn Bezirksamt-Verwundeten Gablenz und Actuar Ferdinand Zoppoth in fl. kr. fl. kr. Skawina

Im Juni 1864
von dem Bezirksamte Rop- czecy für die Witwen und Waisen

in Gorlice; f. f. Bezirksvorsteher Zacharyasiewicz und Bezirksamts-Kanzellist Kapuscinski je 2 fl., Bezirksamts-Adjuncte Höltich und Miklaszewski, der Steuereinnehmer Winkler, Kaufmann Schinogl, Stadtarzt Richter, Bezirksmeister Kuczera, Bürgermeister Pieniazek, Notar Wies- kowski, Bezirksamtskanzellist Dlugosz, das Hauptschulper- sonal je 1 fl., und in kleine- ren Beträgen 6 fl. 50 kr., zu- sammen

vom Comité der Krakauer jüdischen Gemeinde für den Gablenz-Stiftungsund.

Zusammen 20.50

vom Comité der Krakauer jüdischen Gemeinde für den Gablenz-Stiftungsund.

Summe 100 —

Hiezu von früheren Sammlungen 1706.15

nebst 100 fl. in Obligationen, 39 fl. 28 fl. in Silbergeld und 40 Thaler 23 Gr.

preuß. Courant, gibt in Summe 1858.15 österl. Währ., in Silbergeld 100.43 in Obligationen 100 —

Vom Präsidium der f. f. Stathalterei-Commission.
Krakau, am 26. Juli 1864.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit allerhöchster Ent- scheidung vom 19. Juli d. J. dem Pfarrer in Modl Joseph Schöpf für dessen erfolgreiche und beispielvolle Tätigkeit zur Erhebung der Landwirtschaft im Karlsgebiete, wo dem vorigen Landmann Johann Wabitsch für dessen gewinnreiche und hervor- tragende landwirtschaftliche Tätigkeit, ersterem das goldene Verdienstkreuz mit der Krone, letzterem das silberne Verdienstkreuz allergründig zu verleihen geruht.

Der Gesamtbetrag der zu Ende Juni 1864 im Umlaufe be- ständigen Münzsumme bestand in 5,491.551 fl.

Wien, den 26. Juli 1864.
Vom f. f. Finanzministerium.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 28. Juli.

Vorgestern haben, wie erwähnt, in Wien die Friedensverhandlungen begonnen, hoffentlich, schreibt die „Wiener Abendpost“, werden sie von einem günstigeren Erfolg als seiner Zeit die Londoner Conferenzen begleitet sein. So geneigt man allenthalben war, vor einer allzu sanguinischen Auffassung der Sachlage zu warnen, so hat doch das Eintreffen der dänischen Bevollmächtigten in Wien die Friedenshoffnungen wesentlich verstärkt. Man hat wohl nicht mit Unrecht angenommen, daß die dänische Regierung sich über die Intentionen Österreichs und Preußens kaum mehr im Zweifel befinden könne, und betrachtet daher die Aufnahme der Verhandlungen schon an sich als ein Zeichen, daß Dänemark den Abschluß gesetzt, das Unabänderliche über sich ergehen zu lassen. Alles in allem genommen, wird sich nicht leugnen lassen, daß die Erwartungen, in Wien einen definitiven, der Ehre der beiden deutschen Großmächte, dem Rechte der Herzogthümer und Deutschlands günstigen Frieden abgeschlossen zu sehn, in diesem Augenblick fest Anhaltpunkte gewonnen haben.

Der „Botschafter“ glaubt annehmen zu dürfen, daß in der ersten Sitzung die Basis für den Präliminar- Frieden noch nicht gefunden wurde, und daß in der That, wie man anzunehmen alle Ursache hatte, die dänischen Bevollmächtigten nicht von der Überzeugung durchdrungen schienen, nur die gänzliche Osttrennung der drei Herzogthümer sei die Wunschtrühe, welche den im Schooze der Conferenz ruhenden Schatz des Friedens zu heben im Stande wäre. Aber anderer-

seits, schreibt derselbe, scheinen die Vorschläge der dänischen Bevollmächtigten doch als so erhebliche Concessions an die Forderungen der deutschen Mächte, daß sich die Hoffnung, eine Friedensbasis zu gewinnen, daran knüpfen ließ. Die Frage des Wasserschlusses ist mit der Frage der Friedensbasis auf das Engste verbunden. So dürfte sich ungeschriften die Situation darstellen, wenn man manche Anzeichen richtig deutet, welche durch den Schleier des Geheimnißes, der die Verhandlungen umgibt, hinreichlich lösbar sind.

Man wird gut ihun, mit einer Resignation den Verlauf der Conferenz abzuwarten, nachdem uns wohl nur wenige Tage von entscheidenden, die Sachlage vollkommen klarenden Beschlüssen trennen können. Ein

friedlicher Abschluß der wechselseitigen Angelegenheiten ist noch nicht verbürgt, und wir bewegen uns auch heute noch auf dem schwanken Brette einer bloßen Hoffnung.

Eine tel. Depesche der „Schles. Btg.“ ddto. Wien, 26. Juli, Abends, meldet: Die Conferenzteilnehmer haben unter einander Geheimhaltung der Details verabredet. Die Chancen für den Präluminarfrieden sind im Wachsen. Die dänischen Zugeständnisse erfolgen nach und nach. Den Vorsitz führt Graf von Reichberg.

Der ersten Sitzung der Wiener Conferenz wohnten auch die zweiten Bevollmächtigten, nämlich die Herren Baron Brenner, Freiherr v. Werther und Oberst v. Kaufmann bei. Ein Protocoll wurde nicht aufgenommen, und ist überhaupt, wie das „Fremdbl.“ verneint, kein Protocollführer bestellt worden. Allem Anschein nach wird nur ein Schlusprotocoll aufgenommen oder der Friedensvertrag abgeschafft werden. Die Verhandlung bewegt sich in freieren Formen als bei den Londoner Conferenzen. Die etwa nothwendig werdenden Aufzeichnungen soll Baron Brenner besorgen. Da dänischerseits große Bereitwilligkeit zu Verständigung gezeigt wird, so dürfen die Conferenzen keine lange Zeit in Aufpruch nehmen.

Herr v. Bismarck, schreibt ein Corr. der „Schles. Btg.“ vom 25. d., hatte heute Vormittag wieder eine längere Besprechung mit dem Grafen Reichberg, welche jedoch durch einen Besuch, den der Herzog von Grammont Lepsterem abhielt, unterbrochen wurde. Man glaubt hier allgemein, daß wir jetzt der französischen Einmischung näher stehen, denn je, und daß Frankreich ohne officielle Einladung eine Vermittlung übernommen zu haben, bereits ein directes Eingreifen in die Verhandlungen vorbereite. Von Preußen heißt es, daß es für sich als Entschädigung für die Kriegskosten Lauenburg verlangen und dafür selbst die Auszahlung der Kriegskosten an Österreich übertragen mit der Krone, letzterem das silberne Verdienstkreuz allergründig zu verleihen geruht.

Die „Röda. Btg.“ bringt nachstehende Pariser Correspondenz vom 23. Juli: Als Graf Reichberg in Kopenhagen wissen ließ, und indem er aus eignem Antriebe die Initiative hierzu ergriff, daß ohne

die Anerkennung des Princips der vollständigen Trennung Schleswigs die Pourparlers keinen weiteren Werth haben dürften, trug er zugleich Sorge, hierwohl, als auch in London zu erklären, daß diese vollständige Trennung das „Maximum“ der deutschen Forderungen involuire; dieses Maximum, beruhend auf der Erklärung des Grafen Aponti in der Sitzung der Londoner Conferenz vom 28. Mai, sei in

derart nicht der Art, daß es weitere Zugeständnisse der deutschen Mächte ausschließe. Die Demarcationslinie Apontade-London sei noch immer möglich, sei es im Austausch gegen Lauenburg, sei es gegen irgend eine andere Compensation. Schließlich aber waren die deutschen Mächte nicht gewillt, Dänemark unter der Last ihrer Forderungen zu erdrücken, wie dies in den ferneren Verhandlungen die Detail-Beratung ergeben würde, wo man sich hinsichtlich der Kriegskosten, wie der Vertheilung der dänischen Staatschuld namentlich was die Schuld aus den Jahren 1848,

1849, 1850 und 1854 anlange entgegenkommend und versöhnllich genug werde zeigen können. Es scheint, daß diese Erklärungen hier wie in London, sehr am Platze gewesen seien, weil, wie ich höre, Sir Andrew Buchanan und Baron Talleyrand in Berlin bei An-

tunft des Kammerherrn Güldenkron dem Unterstaatssekretär von Thiele bezügliche Depeschen ihrer respec- tiven Gouvernements vorlegten, ohne ihm jedoch die Abschrift davon zu hinterlassen, in welchen an das

Volligkeitsgefühl der deutschen Mächte ziemlich unver- hohlen appellierte. Das nämliche stand natürlich in Wien seitens der Botschafter der beiden Westmächte statt.

Dennoch würde man sich täuschen, wollte man das Verhältnis zwischen England und Frankreich au- genblicklich sehr rosenfarben aussaffen. Die Annah- rungsversuche ergeben noch nicht das gewünschte Re- sultat. Man geht selbst so weit zu behaupten, das Gabinet Palmerston habe erst neulich noch dem Gou- vernement des Kaisers „sein Uebelwollen“ bezeugt,

Was damit eigentlich gemeint, vermag ich so genau nicht anzugeben, doch hängt dies jedenfalls mit Be- mühungen zusammen, die hinter den Coulissen spielen, noch nicht an die Deffentlichkeit getreten (j. N. N.). In Beziehung auf die letzte Abstimmung der Bundesversammlung in der Erbfolgefrage wird vielsach berichtet, daß auch Württemberg mit der Majorität für den preußisch-österreichischen Antrag gebracht werden würden, welche geeignet wären, die Erbansprüche dieses Fürsten in Frage zu stellen. Für den Fall aber, daß dies nicht geschieht, oder daß die in Aussicht gestellte Rechtsdeduction seitens der großherzoglichen Regierung nicht in der nächsten Zeit vorgelegt wird, glaubt die Königliche Regierung, von der Nothwendigkeit durchdrungen, daß sobald als möglich die gesetzliche Souveränität und eine regelmäßige Regierungsgewalt in den Herzogthümern eingesetzt werde, sich vorbehalten zu sollen; die unvermeidliche Anerkennung des Erbprinzen von Augustenburg nur dann die Rede sein, wenn seitens der großherzoglichen Regierung neue Thatsachen vorliegen, die gebracht werden würden, welche geeignet wären, die Erbansprüche dieses Fürsten in Frage zu stellen.

Wie die „Weim. Btg.“ mittheilt, hat der Vertreter der zwölften Curie am Bundestage, Freiherr von Beaumain-Marcoussay, in dem über den De- sterreichisch-Preußischen Antrag abgegebenen Votum erklärt, daß die durch ihn repräsentirten Regierungen über den Werth der Ansprüche des seitherigen Erbprinzen von Augustenburg auf die Erbfolge in Schleswig und Holstein eine rechtliche Ueberzeugung durch die bereits vorliegenden gründlichen Untersuchungen

schon längst gewonnen haben. Sie würden daher in dieser Lage sein, einem Antrage, welcher auf die sofortige Anerkennung und demgemäß Einsetzung des

Herzogs Friedrich von Augustenburg in die Regie- rungswelt gerichtet wäre, sich zu verhalten, die unvermeidliche Anerkennung des Erbprinzen von Augustenburg als Herzog von Holstein und Schleswig und dessen Einsetzung in diese Herzogthümer, in dem zweiten Falle unter Vorbehalt der etwaigen oldenburgischen Erbansprüche, in der Bundesversammlung beantragen zu lassen.

Nach einem dem „Botschafter“ aus Berlin, 25. Juli, zugegangenen Telegramm hat der Herzog Friedrich das Land nicht verlassen und denkt nicht daran,

Nach einem Schreiben des „Pays“ aus London wäre es fast zu einem Brüche der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Nordamerika gekommen, bezüglich der Declaration, welche die unionistische Regierung erhoben hat, daß ihr die von einem englischen Schiffe gerettete Besatzung der „Alabama“ als Gefangene ausgetiefert werde.

Das Berliner Cabinet hatte, wie verlautet, sich angelegen sein lassen, die Anerkennung des italienischen

Königreichs seitens des Kaisers Maximilian von Mexico zu erwirken und soll sich dabei an die Vermittlung Frankreichs gewendet haben. Der Kaiser Max wußte jedoch einer Verlegenheit aus dem Wege

zu geben, indem er erklärte, daß Juarez das Königreich Italien bereits anerkannt habe und daß das Kaiserreich Mexico an dem Zustande der früheren, regel-

mäßig schon etablierten Beziehungen der ehemaligen Republik nichts zu ändern vermöge.

In Bukarest versichert man in Kreisen, die dem Fürsten Cuja nahestehen, derjebe treffe Vorberei- tungen zu einer Reise nach Paris oder, genauer ausge- präjudizirt habe.

Die Abstimmung Bayerns in der letzten Bun- destagsitzung lautet:

Ogleich der Erbprinz von Augustenburg bereits unterm 21. November v. J. seine Ansprüche auf die Erbfolge in Holstein und Schleswig in der Bundesversammlung geltend gemacht hat, ist doch bis jetzt von keiner Seite an diesen Fürsten das Erkennen um eine seine Suc- cessionsansprüche begründende Nachweisung gestellt, es sind vielmehr die thatächlichen und rechtlichen Momente, auf welchen diese Ansprüche beruhen, auch seitens dieser hohen Versammlung als bekannt vorausgesetzt worden, und es hat dieselbe unterm 2. v. durch die Billigung der bekannten Erklärung, welche der Bundesbevollmächtigte in Ge- meinschaft mit denjenigen von Österreich und Preußen in der Sitzung der Londoner Conferenz vom 28. Mai d. J. abgegeben hat, gleichfalls anerkannt, daß dem Erbprinzen von Augustenburg das meiste Recht auf die Succession in den genannten Herzogthümern zur Seite stehe.

Was dagegen die von Sr. königl. Hoheit dem Großherzog von Oldenburg erst unterm 23. v. erhobenen Erbansprüche auf Holstein und Schleswig betrifft, so könnten dieselben, nach dem die bekannte Titel, auf welchen das Erbrecht der Gottorpischen Linie ruht, anerkanntermaßen hinter denjenigen des Erbprinzen von Augustenburg zurückstehen, nur in

deren unbestätigten Erbansprüchen, welche der Großherzog von Oldenburg das meiste Recht auf die Succession in den genannten Herzogthümern zur Seite stehe.

Was dagegen die von Sr. königl. Hoheit dem Großherzog von Oldenburg erst unterm 23. v. erhobenen Erbansprüche auf Holstein und Schleswig betrifft, so könnten dieselben, nach dem die bekannte Titel, auf welchen das Erbrecht der Gottorpischen Linie ruht, anerkanntermaßen hinter denjenigen des Erbprinzen von Augustenburg zurückstehen, nur in

deren unbestätigten Erbansprüchen, welche der Großherzog von Oldenburg das meiste Recht auf die Succession in den genannten Herzogthümern zur Seite stehe.

Ein Warschauer Corr. der „N. Pr. B.“ bezeichnet es als kaum glaublich, welch eine andere Physiognomie Warschau seit einigen Wochen im Vergleich zu den letzten drei Jahren der Unruhe angenommen hat. Die öffentlichen Vergnügungsstätte sind wieder gefüllt, so wie die Promenaden, der sächsische, Kasimirische, der botanische Garten, der Park von Lazienki und das Belvedere; das sogenannte Schweizerthal mit seiner ungarnischen Capelle und der amerikanischen Alabangengesellschaft wegen von Tausenden besetzt, und das polnische sowohl als das französische Theater werden stark besucht, auch die früheren, in den Aufstandsja- hren ganz verschwundenen eleganten Privat-Equipagen zeigen sich wieder. Jeder kommt zum Bewußtsein der Ruhe und Sicherheit, und Niemand fürchtet sich mehr, von hinten durch einen Dolchmann angefallen zu werden. Daß der gesunkenen Handel, die Gewerbe und der allgemeine Verkehr noch immer leiden und die Not in vielen Familien noch groß ist, liegt in der Natur der Dinge. Alle Quellen der Einnahme sind durch revolutionäre Expressen und die in Folge dessen verhängten Strafen erstickt; leichter ist nie- derzurückspringen als wieder aufzubauen, und noch viele Jahre der Ruhe werden erforderlich sein, bevor das Land zum Theil seinen früheren Wohlstand erreicht.

Das in Leipzig erscheinende polnische Blatt „Dęgiyna“ legt endlich das Geständnis ab, daß der polnische Aufstand unterdrückt sei, „weil die monarchisch-absolutistischen Kräfte der demselben gegenüberstehenden Regierungen zu wohl organisiert seien, als daß jemals ein polnischer Aufstand beim Mangel aller Mittel, aller Ordnung und Einigkeit, die Aussicht des Gelings habe, da sich die im Auslande durch falsche Doctrinen verführte Emigration zu einem geschlossenen absolutistischen Vorgehen nie zu erheben vermöge.“ Man sieht es dem im Sterben liegenden Organe der polnischen Revolutionspartei an, wie schwer es ihm wird, seinen Schwanengesang zu singen.

Über die Niedsburger Vorgänge bringt die offizielle „Neue Hannoversche Zeitung“ folgenden Artikel:

Am 17. d. M. befand sich im Locale des Schützenhaus Sachsen und Hannover vor Bunde mit der Freiheit zu Rendsburg preußisches, sächsisches und hannoversches Militär, wie bisher in bester Eintracht von jedem derseit eben dem Rechte den Namen Bundesstruppen beanspruchen war ein Unteroffizier zur Aufsicht zwischen Die Sachsen waren alle hannoversch-sächsischen, wenn er sei und Hannoveraner, die trauten, trauten sich freudig diesen überbaupt zu läuten. Letzteres ist aber gar nicht schäflicher Weise gegen seitig. Doch aus was auf der breiteren Seite ihres folcher hat gar keine Truppische Unteroffizier unbefugte Weise und unanmaßende angesetzten aufgestellt und die sächsisch-hannoverschen Truppen ihnen dieses unterstiegen. Sie wandten sich die beiden sind eben so wenig Bundesstruppen als die preußischen. Auch ist General v. Hake nicht Bundesgeneral geworden. Die Besetzung Holsteins mit sächsischen Truppen später brach Streit zwischen den Preußen und den hannoverschen Truppen beruht auf einer Verabredung zwischen den 4 Executions-Regierungen Oesterreich, die Unteroffiziere traten dazwischen und die Sachsen und Preußen, Hannover und Sachsen, von welcher dem Hannoveraner wurden fort in ihre Quartiere gesandt, der Bunde Anzeige gemacht wurde. So wenig nun die preußische Unteroffizier aber ersucht, seine Leute noch zu behalten, damit der Streit auf der Straße nicht wieder anfange. Kaum hatten die Sachsen und Hannoveraner den Saal verlassen, als die Preußen durch Thür und Fenster ihnen folgten und mit ihren Seitengewehren auf die Bundesstruppen einhielten; hierbei wurden 2 Hannoveraner an den Händen verwundet. Die Unteroffiziere trennten die Streitenden sofort und sandten sie in ihre Quartiere. Damit endigte der Kravall des ersten Tages. Am 16. d. M. Abends, während ziemlich viel Civilpersonen, aber verhältnismäßig nur wenig Militärs sich auf der Straße im Neuwinkel befanden, kam ein hannoverscher Soldat zu der von den Sachsen besetzten Wache und bat um Arrestierung eines Preußen, der ihn so gerannt habe, daß er gegen einen Baum gestoßen sei. Der Preuße wurde durch eine Patrouille arretiert und der preußischen Wache übergeben. Außerdem soll ein preußischer Kanonier durch einen Steinwurf am Kopfe verwundet worden sein; wer den Stein geworfen hat, ist nicht ermittelt, von weiteren Zusammenstößen des Militärs war nichts bekannt. Der Comandant von Rendsburg ließ Zapfenstreich schlagen, und ansgesandte Offiziere und Unteroffiziere beorderten die Bundesstruppen sofort in die Quartiere, worin sie sich sämtlich um 9½ Uhr befanden. Vier hannoversche Corporale, welche um etwa 9½ Uhr einzeln vom Bistum der Quartiere zurückkehrten, wurden ohne alle Veranlassung von preußischen Soldaten überfallen, und drei von ihnen, so wie ein ruhig vor seinem Quartier sitzender hannoverscher Soldat durch Hiebe mit dem Seitengewehr über den Kopf von den Preußen verwundet. Nach 10 Uhr rückten 2 Compagnien Preußen eigenmächtig und ohne Erlaubniß und Anfrage bei dem Comandanten in das Neuwinkel, marschierten bei den Baracken, die ihnen als Lazarette dienen, der Wache gegenüber auf, luden ihre Gewehre und sendeten Patrouillen nach allen Richtungen aus, ohnerachtet sich kein Soldat auf den Straßen befand. Dieses ist der ermittelte einfache Thatbestand. Der behauptete Angriff auf preußische Posten und das Bedrohen der preußischen Lazarethe in den Baracken durch Bundesstruppen ist eine reine Erfindung; dieses wäre sonst gewiß dem Comandanten beschwerend angezeigt, diese Logik erscheint der „N. P. 3.“ nicht eben sehr glücklich was nicht geschehen ist. Diese Behauptung scheint erfunden, um die am 21. d. M. erfolgte gewalttätige Besetzung Rendsburgs durch die Preußen zu erklären. Preußischer Seits ist die durch eine gemeinschaftliche Commission vorgenommene Untersuchung der Streitigkeiten am 17. und 18. d. M. abgelehnt.

Die „N. P. 3.“ hält diesen Artikel für einen Auszug aus der Rechtfertigungsschrift des damaligen hannoverschen Comandanten von Rendsburg und meint, fast habe es den Anschein, als sollte allgemein die ganze Nachricht von Excessen der Hannoveraner für ein Märchen erklärt werden; denn der Bericht des Generals von Hake an das f. sächsische Kriegsministerium, der doch gewiß nicht die Lendenz hatte, die Häutung der Bundesstruppen in einem unvortheilhaftesten Lichte erscheinen zu lassen, habe doch noch entschieden anders gelautet, als der obige Artikel. Außer er wähnt die „N. P. 3.“ schon Tage lang vor den Excessen sei das Gerücht verbreitet, die Hannoveraner hätten sich verabredet, sämtliche weiße Binden aus der Stadt hinauszuschlagen. Nach Berichten aus Rendsburg, wurden am 24. d. die bisher unentfalteten österreichischen und preußischen Fahnen an ihrem früheren Platze wieder feierlich aufgestellt.

Die „N. P. 3.“ bringt nachstehende Rechtfertigung der preußischen Schritte in Rendsburg vom Standpunkt des Bundesreiches: „Die preußische Regierung, welche der geographischen Lage des Landes nach Auftrag hat, dem neuen Zollverein nicht fernzubleiben, macht dennoch ihren Beitritt zu demselben von gewissen Bedingungen abhängig. Dieselben bestehen der „Fr. Post.“ zufolge darin, daß Preußen auf das Recht verzichte, eine Anzahl von Zollbeamten zu ernennen, dann, daß Luxemburg Sitz und Stimme bei künftigen Zollkonferenzen habe und durch einen besonderen Delegirten sich dabei vertreten lassen könne. Gewaltthat, als ein Kriegsact gegen den Bund bezeichnet, und es erhält diese durchaus eigenthümliche Auffassung allerdings dadurch einen Anstrich von Wahrscheinlichkeit, daß eine Majorität von 11 Stimmen in der Bundesversammlung den königl. sächsischen Comandeur der Executionstruppen leider zu einem Protest gegen jenen Schritt ermächtigt hat. Dieser war von der militärischen Notwendigkeit dieser und leider nicht der erste seiner Art, vielmehr schließt er sich einer ganzen Reihe ähnlicher Schritte an, zu denen seit Beginn des schleswigschen Feldzuges Preußen sich gezwungen sah, weil dieser ohne Beleidigung des Bundes unternommene Feldzug, als eine Art Auflehnung gegen den Bund bezeichnet, auf vielen Orten einen Geist hervorrief, der gewaltthat, als ein Kriegsact gegen den Bund bezeichnet, und es erhält diese durchaus eigenthümliche Auffassung allerdings dadurch einen Anstrich von Wahrscheinlichkeit, daß eine Majorität von 11 Stimmen in der Bundesversammlung den königl. sächsischen Comandeur der Executionstruppen leider zu einem Protest gegen jenen Schritt ermächtigt hat. Dieser war von der militärischen Notwendigkeit dieser und leider nicht der erste seiner Art, vielmehr schließt er sich einer ganzen Reihe ähnlicher Schritte an, zu denen seit Beginn des schleswigschen Feldzuges Preußen sich gezwungen sah, weil dieser ohne Beleidigung des Bundes unternommene Feldzug, als eine Art Auflehnung gegen den Bund bezeichnet, auf vielen Orten einen Geist hervorrief, der

Die „N. P. 3.“ bringt nachstehendes Verzeichniß der im Monate Juni 1864 beim l. f. Kriegsgerichte in Tarnopol vorgekommenen Aburtheilungen.

I. Wegen Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe (nach §. 66 C. S. G. B.).

1. Joseph Janusiewicz aus Wisniowetz, 23 J. alt, Grundwirth, zu 3monatl. Kerker. — 2. Ludwig Wele aus Wisniowetz, 55 J. alt, Dekonom, nebst Verfall der sächsischen Ausstattungsgegenstände, zu 5monatl. Kerker, im Gnadenwege auf 3 Monate gemildert. — 3. Edward Pini aus Lemberg 52 J. alt, Stallmeister, zu 7monatl. Kerker. — 4. Johann Bestek aus Jägerndorf, 44 J. alt, Schaffmeister, zu 2monatl. Kerker, im Gnadenwege zu 1monatl. Kerker gemildert. — 5. Edward Gajek Schmid aus Woloczyka in Polen, 33 J. alt, Privatbeamte, aus dem Gebiet und in Altona bereitet wurden; wir erinnern an die Unruhen, welche die in ihrem Rücken gehemmte und erschwerte Communication für die operirenden Truppen hervorrief. Die Missachtung der preußischen Fahnen und die lezte Thatlichkeit in Rendsburg bilden hierzu nur den Schlussstein. Es befinden sich in Folge der früheren Vorgänge zur Sicherung der Etappen der preußischen Armee Truppen in Kiel, Neumünster und Rendsburg ohne Widerpruch geselle, zu 6woch. Kerker. — 11. Johann Dolinski aus Podhajczyki, 18 J. alt, Wagnerlehrherr, zu 6woch. Kerker. — 12. Joseph Ziga, falsch Malinowski aus Rzonia-

town, 31 J. alt, Privatschreiber, zu 3monatl. Kerker (erschw. durch Nebentr. gegen öffentliche Anstalten und Vorlehrhuren, er war bereits 2mal wegen Nebentr. gestraft). — 13. Joseph Freitag aus Kamiencpol, 36 J. alt, Dienstknacht zu 6woch. Kerker. — 14. Mykita Prawor aus Krzywe, 29 J. alt, Dienstknacht, zu 6woch. Kerker. — 15. Adolph Langmann aus Telacze, 18 J. alt, Wirtschaftsschreiber, zu 1monatl. Kerker. — 16. Nikolaus Rumijowski aus Borszczow, 55 J. alt, Güterverwalter, ab instantia losgesprochen, wegen Nebentr. gegen öffentliche Anstalten zu 14tag. Arrest. — 18. Peter Wygoda auch Iwan Antonow aus Ruzland, 39 J. alt, Taglöchner, zu 4woch. Kerker. — 19. Albert Labanowicz aus Chorostkow, 18 J. alt, Eisacherlehrl., zu 3woch. Kerker. — 20. Anton Mallak aus Stanislau, 20 J. alt, Schustergeselle, zu 3woch. Kerker, beiden im Gnadenwege nachgesehen. — 21. Grzegorz Anton Wilkowksi aus Kazan, 23 Jahre alt, Rechtsbörger, schuldlos erkannt. — 22. Emil Wilkowksi a. Kazan, 18 J. alt, Gymnasiast, — 23. Marek Pilecki aus Drzechowice, 17 J. alt, Gymnasiast, — 24. Johann Zbrożek aus Tarnopol, 17 J. alt, alle drei ab instantia losgesprochen. — 25. Stanislaus Sawicz aus Dragomowka, 22 J. alt, Gärtner, zu 3woch. Kerker, im Gnadenwege nachgesehen. — 26. Johann Korczyński aus Strzalkowice 23 Jahre alt, Patent-Invalid, zu dreimonatl. Kerker — 27. Kazimierz Rudnicki aus Czortkow, 54 J. alt, Schuster, zu 4monatl. Kerker. — 28. Johann Faydasz aus Podburg, 20 J. alt, Taglöchner, zu 1monatl. Kerker im Gnadenwege nachgesehen. — 29. Johann Benjamin Kuszniarz aus Tarnopol, 30 J. alt, Schuster, bei Verfall der sächsischen Waffen und Feldrequisiten schuldlos erklärt. — Josef Chowniec a. Skala, 18 J. alt, ausgeschlossener Gymnasiast zu 1wochentl. Kerker, im Gnadenwege auf 1monatl. Kerker gemildert. — 31. Emil Oliva aus Skala, 17 J. alt, Gymnasiast, zu 3monatl. Kerker, im Gnadenwege auf 2 Monate gemildert. — 32. Augustin der Gutes Holozycze zu anderthalbjährigem Kerker, in Rücksicht des höheren Alters auf 1jahr. Kerker gemildert, (Mitglied des adeligen Gerichts für den Tarnopoler Kreis). — 33. Leo Burczyk aus Lubart in Polen, 22 J. alt, ab instantia losgesprochen.

IV. Wegen Nebentr. gegen öffentliche Anstalten vom 28. und 29. Februar 1864.

34. Schaia Berglas aus Zbaraž, 31 J. alt, — 25. Banki Schwarzmann aus Zbaraž, 38 J. alt, — 36. Moses Gelles aus Tarnopol, 22 J. alt, — 37. Benjamin Goldmann aus Zbaraž, 30 J. alt, — 38. Mos. Allerhand aus Tarnopol, 30 J. alt, — 39. Gezel Halberstam aus Zbaraž, 34 J. alt, — 40. Alter Horowitz aus Zbaraž, 36 J. alt, — 41. Hersch Lins aus Zbaraž, 34 J. alt, — 42. Mozes Margulies aus Zbaraž, 31 J. alt, alle isr. Spezerei-Krämer, und — 43. Nussim Füsermann aus Zbaraž, 40 J. alt, Spezerei- und Weinhandler, sämtlich zu 25 fl. Geldstrafe, im Gnadenwege zu 10 fl. gemildert. — 44. Alexander Szysziewicz aus Szerzynowice, 43 J. alt, Gemeindeschreiber, zu 8tag. Arrest, im Gnadenwege auf 5 Tage gemildert. — 45. Leopold Oborski aus Berezowca, 55 J. alt, Grundwirth, zu 8tag. Arrest, — 46. Joseph Bauer aus Husiatyn, 22 J. alt, Post-Expedient, zu 25 fl. Geldstrafe, im Gnadenwege nachgesehen. — 47. Johann Hämänski aus Barrys, 50 J. alt, Grundwirth, zur Geldstrafe von 25 fl. oder 8tag. Arrest, im Gnadenwege nachgesehen. — 48. Joseph Rakoczi Ritter v. Rakoczi aus Lemberg, 54 J. alt, Grundherr, zur Geldstrafe von 30 fl. o. W. — 49. Adalbert Pucher aus Nikolai in Preußen, 35 J. alt, Steinmetz und Maurermeister, zu 1mon. Arrest. — 50. Franciszek Ujejska aus Denysow wielki, 46 J. alt, Gutsbesitzer, zur Geldstrafe von 30 fl. — Andreas Sulski aus Turze, 68 J. alt, Dekonom zur Geldstrafe von 25 fl. im Gnadenwege nachgesehen. — 52. Thaddäus Janiszewski aus Bialo, 42 J. alt, Gutsantheitsbesitzer, zur Geldstrafe von 30 fl. — 53. Felix Horwath aus Grabowice, 45 J. alt, Schlossmeister zu 8tag. Arrest. — 54. Meilach Drechsler aus Budzanow, 47 J. alt, isr. Krämer, zu 4tag. Arrest. — 55. Iwig Sternblitz aus Klustre, 38 J. alt, isr. Krämer, zur Geldstrafe von 10 fl. — 56. Benjamin Majman aus Klustre, 38 J. alt, isr. Krämer, zu 4tag. Arrest. — 57. Israel Gruber aus Złoczów, 39 J. alt, isr. Krämer, zur Geldstrafe von 10 fl. — 59. Josef Chaim Fiderer aus Klustre, 25 J. alt, isr. Krämer, zur Geldstrafe von 10 fl. — 60. Chaje Perlmutter aus Klustre, 28 J. alt, isr. zur Geldstr. von 10 fl. im Gnadenwege nachgesehen. — 61. Johann Sulski aus Krzywolka, 60 J. alt, Grundwirth, zur Geldstr. von 25 fl. — nebst Verfall bei den Genannten (von 34 bis 48 dann von 50 bis 61) bestandenen Waffen und Munition.

Nach Berichten aus München ist J. M. die Kaiserin von Oesterreich am 24. d. in Possenhofen (am Starnbergersee) zum Besuch ihrer Eltern, des Herzogs und der Herzogin Max in Baiern eingetroffen. Die Rückkehr nach Wien sollte gestern, Mittwoch erfolgen.

Nach der „Presse“ wird König Ludwig von Baiern zur selben Zeit, in welcher der König von Preußen am kaiserlichen Hofe verweilen wird, in Wien eintreffen.

Der k. k. österreichische Botschafter, Graf Apponyi wird demnächst mit Urlaub von London hier eintreffen.

Der nordamerikanische Gesandte, Mr. Motley, gab heute ein Diner, zu dem Graf Redberg, Herr v. Bismarck, Graf Karolyi, Frh. v. Quaade und Oberst Kaufmann geladen wurden.

Se. Excellenz der Herr Statthalter von Galizien, & M. Graf Mensdorff-Pouilly, ist nach Döhl abgereist und wird in 14 Tagen wieder hier eintreffen.

Wie die „Herm. Ztg.“ vernimmt, wird der Verein für siebenbürgische Landeskunde dieses Jahr eine Generalversammlung in Kronstadt abhalten.

Deutschland.

Dem gestern erwähnten Bericht der „N. P. 3.“ über die Expedition gegen die westfriesischen Inseln und die Flotille des Capitäns Hammer, legte Waffenthat der preußisch-österreichischen Armee, entnehmbar nachstehende Daten: Nachdem Hammer vergeblich versucht hatte, den Comandanten des 9. österreichischen Jägerbataillons, dem Oberstleutnant Schidla, von dem Abschluß des Waffentilstands zu überzeugen, segten sich etwa 150 Mann der alliierten Truppen am 18. d. M. gegen Wyk in Bewegung. Dem Capitän Hammer wurde angezeigt, daß die Feindseligkeiten am 18. früh 6 Uhr beginnen sollten, daß nicht neuere Nachrichten bis dahin eintrafen. Die Truppen langten etwa um 4 Uhr in Wyk an. Hammer war um 2 Uhr Morgens von Wyk zu unseren Schiffen gefahren, um sich zu erkundigen, ob sich in der Schlage etwas geändert habe. Das Gefecht Hammers, bis 11 Uhr zu warten, wurde nicht bewilligt. Man wiederholte, daß um 6 Uhr gegen ihn vorgefahren werden sollte. Die Truppen jahen von Wyk aus, wie Hammer mit dem „Lymfjord“ noch zwei Kanonenjollen zu den übrigen Schiffen schleppen, die sich in die Richtung der Föhr-Ley nach Norden gezogen hatten. Es geschah kein Schuß vor dem Glockenschlag 6 Uhr. Der kaiserliche Rittmeister und Adjutant beim Obercommando, Prinz Arenberg, war vorher mit der Nachricht eingetroffen, daß der Waffentilstand noch nicht abgeschlossen sei. Um diese Zeit hatten sich die drei Kanonenboote und die „Elisabeth“ Wyk genähert und eröffneten das Feuer um 6 Uhr auf etwa 4800 Schritte gegen die Hammer'schen Schiffe. Oberstleutnant Schidla entsendete gleichzeitig die Compagnie längs des Damnes auf der Ostküste der Insel. Die Compagnie eröffnete von der östlichsten Spitze von Wyk ein wirksames Infanteriefeuer gegen den „Lymfjord“, einige Kanonenboote und Küster, welches von denselben schwach erwidert wurde. Unterdessen hatte der „Blitz“ einen Booten gefunden, der ihn noch etwa 1000 Schritte nördlich von Wyk brachte, was für die anderen Schiffe wegen ihres 5 Fuß größeren Tiefgangs durchaus nicht möglich war. Von hier aus telegraphierte der „Blitz“ an das Commodore Schiff den „Seehund“: „Ich werde den Küster nehmen.“ Ein Boot des „Blitz“ unter dem Lieutenant d. S. v. Kall, dem sich der Premierlieutenant v. Prittwitz und Lieutenant Marcus vom Obercommando angeschlossen hatten, näherte sich darauf dem dänischen Zoll-Kutter Nr. 16, welcher sich festgefahren hatte, und nahm das Schiff mit 15 Mann Besatzung und 2 kleinen Kanonen. In der Föhr-Ley hatte Hammer eine Kanonenjolle stehen lassen,

Amtsblatt.

Nr. 11016. Kundmachung. (763. 3)

Das hohe k. k. Staatsministerium hat mit dem Gouvernement vom 19. April 1. S. Zahl 25.274 den Ausbau des 2. Intervalles der Spytkowicer Straße zwischen Lubien und Peim genehmigt. Die zur Ausführung dieser Straße beantragten Arbeiten bestehen im Folgenden:

660.764 Kub.-Klaster Erdabgrabung aus Einschüttungen und Straßengräben, theils in leichten, theils in groben Schotter. 1120 fl. —

206.407 Kub.-Klaster Erdabgrabung aus Einschüttungen und Straßengräben in festen Lehmboden. 334. 38

2.000.651 Kub.-Klster. Erdabgrabung in Materialgräben zur Deckung des Anschüttungsmaterials. 3391. 10

402.144 Kub.-Klster. Felsensprengung theils im mittelfesten und theils in sehr festem Felsen. 1765. 41

402.144 Kub.-Klaster Gestein aus obiger Felsensprengung für die Objekte und Pflasterungen, dann die Steinbettung. 337. 80

2.997.805 Anschüttung aus vorhandenen oder bereits zugeführten Materials für die Verführung des erzeugten Materials sind gegenwärtig berechnet. 2638. 7

wobei jedoch ausdrücklich bemerkt wird, daß die Vergütungen für Material-Verführung im Allgemeinen auf Grundlage der den Unternehmungslustigen im hier-ortigen scientifico-technischen Departement zur Einsicht offen stehenden Verführungs-Tabelle geleistet werden wird. 1693. 11

466. 4' 8" Kub. Maß Steinbettung aus bereits gewonnenem Materiale kommt zufuhr. 3457. 1

504. 2' 9" Kub. Maß Deltmateriale aus vorhandenen Materialeschlägeln, längs der Straße in Prismen von $\frac{1}{4}$ Kub. Klster. schichten und einbetten sammt Zufuhr. 2446. 63

2208. 2' 0" Flächenmaß Erden oder Weidenanpflanzung. 441. 66

270. 0' 8" Flächenmaß ein Schuh-tief eingreifendes Kaltpflaster nach gegebenen Vorschriften aus roh nach den Stöß-fugen zugearbeiteten Steinen in Moos legen. 934. 58

für den Ausbau von fünf theils grüheren theils kleineren Brücken, dann von vier Schläuchen. 8930. 46

537 Längenklafter lieferne Straßen-Geländer sammt Kopf- und Mittelsäulen 3 kleine Durchstiche zur Geradeleitung der dortigen Bäche. 241. 28

für die Bei- und Aufstellung von 2 Stück liefernen Viertelmellensäulen sammt Anbrennen, Sandeln und Aufschrift. 10. 26

für die Bei- und Aufstellung von 25 Stück 2 Fuß langer, 6 Zoll starker Hundert Klafter und Objektmarken von Sandstein mit Delfinißfarbe angestrichen sammt Aufschrift. 27. —

Ganze Summe . 28625 fl. 1 fr. Wegen Hintangabe dieser Herstellungen wird am 16. August 1864 bei der k. k. Statthalterei-Commission mit Ausschluß der mündlichen Verhandlung eine öffentliche Offerverhandlung abgehalten werden.

Die mit der Stempelmarke von 50 kr. s. W. versehenen gefielgelten Offerten mit der Aufschrift: "Offerte für die Übernahme des Spytkowicer Straßbaues" müssen längstens bis 11 Uhr Vormittags des früher gedachten Verhandlungstages einlangen, da spätere Angebote ohne Berücksichtigung bleibten würden.

In einem solchen Offerte muß der Vor- und Zuname, der Wohnort und Charakter des Offerenten sowie die angebotene Summe oder der Nachlaß oder die Aufzahlung in Prozenten mit Zahlen und Buchstaben deutlich geschrieben, dann die Caution im Betrage von 1500 fl. Ein Tausend fünf Hundert Gulden entweder im Baaren oder in öffentlichen Staatspapieren, welche letztere nach dem börsenmäßigen Tagessource vom 12. August 1864 angenommen werden, oder endlich mittels einer amtlichen Bescheinigung über den erfolgten Ertrag derselben in eine Staatscaisse beigegeben und ausdrücklich erklärt werden, daß dem Bauwerker die, der Offerverhandlung zu Grunde liegenden allgemeinen und speziellen Bedingungen bekannt sind und derselbe sich den Letzteren ohne Vorbehalt unterwerfe.

Die Versteigerungs- und Baubedingnisse, die Baubeschreibung, die Pläne, das Einheits-Preis-Verzeichnis und die summarischen Kosten-Überschläge können von heute angefangen bis 13. August 1864 im hierortigen scientifico-technischen Departement eingesehen werden.

Von der k. k. Statthalterei-Commission. Krakau, 15. Juli 1864.

Kundmachung. (747. 2-3)

Von Seite des k. k. Zeugs-Artillerie-Commando Nr. 6 in Krakau wird hiermit bekannt gemacht, daß wegen Beischaffung der für das Commando an den Zeitraum von 1. Jänner bis Ende Dezember 1865 benötigt werden den Zeugsorten; als: Fuhrwerksbestandtheile, Pferdebejirrung, Eisen und Metall-Sorten, Holz, Leber, Leinen und Wollsorten, Seiler-Artikel, Papierarten, dann sonstige Schreib- und Bezeichnungsmaterialien, Farben und Pigmente, verschiedene Materialien, allgemeine Werkzeuge, Utensilien und Geräthe, Kämpele- und Zeichnungsrequisiten, dann Buchbinderei, Gärber- und Geißbauer-Arbeit, am 10. August 1864 eine Offerverhandlung stattfinden wird.

Die zur Verhandlung gelangenden Artikel sowie die ranków licytacyjnych w całej osnowie w registratury Biddingungen zur Guteleierung der selben, kanionów z dem in Krakau der öffentlichen Verkündigung ausgesetzten Offertenverhandlung-Antändigungen ersehen werden.

Auch können dieselben sowie die Muster der zur Verhandlung gelangenden Artikel im hiesigen Zeugs-Artillerie-Gebäude Nr. 41 in Podgorze zur Einsicht genommen werden. Beim Einsenden der schriftlichen Offerte, müssen dieselben mit einem 50 kr. Stempel versehen sein und die Erklärung der zu liefernden Artikel sammt den in Buchstaben beigegebenen Preisen genau enthalten, und bis längstens früh 7 Uhr desjenigen Tages, an welchem die Verhandlung stattfindet, in der hiesigen Zeugkanzlei eingelassen sein, da alle später eingereichten unbeachtet bleiben.

Auch müssen die Offerte mit der vorgeschriebenen Caution, welche in 10 Prozenten von der Gesamtbefestigung der offerirten Artikel zu bestehen hat, belegt, mit dem Vor- und Zuname des Offerenten unterfertigt und nebst Angabe des Charakters und Wohnortes auch gehörig gesezt sein.

Vom k. k. Zeugs-Artillerie-Commando Nr. 6 in Krakau, 20. Juli 1864.

Podgorze, 20. Juli 1864.

L. 7439. Kundmachung. (770. 1-3)

Wegen Verpachtung der städtischen Propination in Lipnica mirowana für die Zeit vom 1. November 1864 bis Ende Dezember 1867, das ist für die Dauer von 3 Jahren und zwei Monaten wird am 10. August 1864 um 9 Uhr Vormittags in der Lipnicar Kämmerei-Kanzlei eine öffentliche Licitationsverhandlung abgehalten werden, bei welcher auch schriftliche Offerten eingebracht werden dürfen.

Der Fiscalpreis beträgt 823 fl. s. W. jährlich, wovon 10 Percent als Bodium vor Beginn der Licitation erlegt werden müssen.

Die sonstigen Licitations-Bedingnisse werden am Licitationstage bekannt gegeben werden.

Was hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird. K. f. Kreisbehörde.

Krakau, 22. Juli 1864.

L. 7877. Edykt. (774. 2-3)

Ces. król. Sąd miejski Krakowski wzywa strony prawa do masy spadkowej po zmarłej w dniu 7 stycznia 1863 r. Elżbiecie Prahlowej z Lyonu pochodzącej z jakiegokoliek bieżąć tytułu sobie roszczać — aby z takowemi w przeciagu dnia 90 wystąpiły, po uplywie bowiem tego terminu pozostałość po Elżbiecie Prahlowej w myśl §. 139 Ces. pat. z d. 9 Sierpnia 1854 roku Sądowi francuskiemu w Lyonie lub spadkobiercom wylegitymowanym wydana zostanie.

Kraków, 15 Lipca 1864.

Nr. 3134. Edykt. (746. 3)

Vom Neusandecer k. k. Kreisgerichte wird über Ansuchen der Frau Francisca Gulkowska im weiteren Executionswege der Zahlungsauflage vom 24. August 1861, §. 4464, zur Befriedigung der durch die Fr. Francisca Gulkowska wider Johann Muchowicz erzielten Soddering pr. 1000 fl. C. M. in Grundentlastungs-Obligationen summt 6% Interessen vom 9. Juli 1861 bis 1. Oktober 1861 und von diesem Tage weiter bis zur Zahlung des Capitals zu 5% dann der Gerichtskosten 5 fl. 17 kr. 5 fl. 2 kr. 8 fl. 17 kr. und 16 fl. s. W., ferner im weiteren Executionswege der Urtheile des Neusandecer k. k. Kreisgerichtes vom 11. August 1862, §. 2883, des k. k. Oberlandesgerichts ddo. Krakau am 11. November 1862, §. 12479, und des obersten k. k. Gerichtshofes vom 21. Jänner 1863, §. 99, zur Befriedigung der durch dieselbe Frau Francisca Gulkowska wider Rosalia Muchowicz erzielten, der nämlichen Forderung 1000 fl. C. M. in Grundentlastungsobligationen mit Coupons und Talons, dann summt Sinen vom 8. Juli 1861 und der Gerichtskosten 12 fl. 22 kr. 16 fl. 87 kr. und 13 fl. 17 kr. s. W. wie auch zur Befriedigung der bemessenen und berichtigten Intabulationsgebühr 4 fl. 12 1/2 kr. s. W. und 72 kr. s. W. endlich zur Befriedigung der mit Beschluss vom 19. August 1863, §. 4299, zugesprochenen Einbringungskosten 20 fl. 13 kr. s. W. die executive öffentliche Heiligung der ganzen in Neusandec sub Nro. 587 gelegenen, den excenten Cheleuten Johann und Rosalia Muchowicz dom. VII. pag. 73 & 74 n. 1 & 2 haer gehörigen Realität bewilligt, welche beim dritten Termine am 25ten August 1864 um 10 Uhr Vormittags beim Neusandecer k. k. Kreisgerichte unter nachstehenden Bedingungen vorgenommen wird:

I. Die Licitation beginnt mit dem Ausrufe des Schätzungsvertrages 3201 fl. s. W. jedoch wird diese Realität bei dem obigen dritten Termine auch unter dem Schätzungsvertrage verkauft werden.

II. Jeder Kaufsüchtige hat vor Beginn der Licitation als Bodium den Betrag von 310 fl. s. W. zu Handen der Licitations-Commission zu erlegen.

III. Diejenigen, welche sich um diesen Posten zu bewerben wünschen, haben sich über die bisherige Verwendung, Fähigkeit, gute Handschrift, Moralität, bis 10. August schriftlich auszuweisen, wobei insbesondere auf diejenigen Bewerber Rücksicht genommen wird, welche sich bis nun bei k. k. Bezirksämtern verwendet, oder in Verwendung standen.

Bom k. k. Bezirksante als Gerichte.

Biala, 22. April 1864.

Nr. 3165. Edykt. (769. 1-3)

Vom k. k. Bezirksante als Gericht Biala wird kundgemacht, daß der mittels Edictes vom 12. März 1863 §. 1122 über das Vermögen der Fani Tobias in Lipnica eröffnete Concurs hiermit aufgehoben wird.

Bom k. k. Bezirksante als Gerichte.

Nr. 2218. Kundmachung. (760. 3)

Beim k. k. Bezirksante zu Strzydlna, Sandecer Kreises, wird ein Tagschreiber mit einem Diurnum von 70 kr. s. W. aufgenommen.

Diejenigen, welche sich um diesen Posten zu bewerben wünschen, haben sich über die bisherige Verwendung, Fähigkeit, gute Handschrift, Moralität, bis 10. August schriftlich auszuweisen, wobei insbesondere auf diejenigen Bewerber Rücksicht genommen wird, welche sich bis nun bei k. k. Bezirksämtern verwendet, oder in Verwendung standen.

Bom k. k. Bezirksante.

Strzydlna, am 19. Juli 1864.

Nr. 34179. Concurs-Ausschreibung. (768. 1-3)

Zur Besetzung einer Lehrerstelle an der Sniatynier Unterrealschule mit der Gehaltsstufe von 630 fl. s. W. und mit dem Vorrückungsrecht in die höheren Gehaltsstufen von 840 und 1050 fl. s. W. nach je 10- und 20-jähriger entsprechender Dienstleistung wird der Concurs bis 15. August d. J. ausgezeichnet.

Die Bewerber um diese Lehrerstelle haben die Befähigung zum Unterrichte in der deutschen Sprache, Geographie und Geschichte, Naturgeschichte, dann auch die genaue Kenntniß der beiden Landessprachen nachzuweisen, weil sie ihren Schülern, welche beim Eintreten in die Realschule der deutschen Sprache nicht genug mächtig sind, das Verständniß des Gegenstandes durch Erläuterung in der Mutter-sprache zu erleichtern verpflichtet sein werden. Ferner haben sie ihre gehörig belegten Gefüche, wenn sie bereits in öffentlichen Diensten stehen, im Wege der vorgefeschten Bevorden, sonst aber unmittelbar bei der galizischen k. k. Statthalterei einzubringen.

Bom k. k. galiz. Statthalterei.

Lemberg, 9. Juli 1864.

L. 7875. Edykt. (748. 3)

C. k. Sąd obwodowy w Nowym Sączu na prośbę p. Franciszki Gulkowskiej w dalszej drodze egzekucyjnej nakazu płatniczego z d. 24 Sierpnia 1861 L. 4464 na zaspokojenie wygranej przez Franciszkę Gulkowską przeciw Janowi Muchowiczowi należącej 1000 zlr. m. k. w obligacyjach indemnizacyjnych wraz z 6% od dnia 9 Lipca 1861 az do 1 Października 1861, zaś od tego dnia dalej az do zapłacenia kapitału po 5% liczyć się mającemi procentami, z kosztami zaprzynianymi 5 zlr. 17 kr. 5 zlr. 2 kr., 8 zlr. 17 kr. i 16 zlr. w. a. następnie w dalszej drodze egzekucyjnej wyroków c. k. Sądu obwodowego w Nowym Sączu z d. 11 Sierpnia 1862, L. 2883, c. k. Sądowi wyższego krajuowego ddo Kraków dnia 11 Listopada 1862, L. 12479 i c. k. najwyższego Trybunału sprawiedliwości z dnia 21 Stycznia 1863, L. 99 na zaspokojenie tej samej przez tą p. Franciszkę Gulkowską przeciw Rozalii Muchowiczowej wygranej należącej 1000 zlr. m. k. w obligacyjach indemnizacyjnych z kuponiami i talonami, potem z procentami od 8 Lipca 1861 i z kosztami sądowemi 12 zlr. 22 kr. 16 zlr. 87 kr. i 13 zlr. 17 kr. w. a. jakotż na zaspokojenie wymierzonj i uiszczonej należytości od intabulacji 4 zlr. 12 1/2 kr. i 72 kr. w. a. nareszcie na zaspokojenie kosztów egzekucyjnych 20 zlr. 13 kr. w. a. uchwała z d. 19 Sierpnia 1863, L. 4299 przyznanych pozwala na egzekucyjną publiczną licytację całej w Nowym Sączu pod N. 587 położoną, do egzekutów małżonków Jana i Rozalii Muchowiczów dom. VII. p. 73 & 74 n. 1 & 2 haer.

i takowe udowodniły — po uplywie bowiem tego terminu pozostałość po sw. p. X. Leonardzie Giełbickim, proboszczu parafii Łukowa w guberni Lubelskiej w Królestwie polskim istniejącej z jakiegokoliek tytułu sobie roszczaće — aby z takowemi w przeciagu dni 60 wystąpiły

i takowe udowodniły — po uplywie bowiem tego terminu pozostałość po sw. p. X. Leonardzie Giełbickim, proboszczu parafii Łukowa w guberni Lubelskiej w Królestwie polskim istniejącej z jakiegokoliek tytułu sobie roszczaće — aby z takowemi w przeciagu dni 60 wystąpiły

i takowe udowodniły — po uplywie bowiem tego terminu pozostałość po sw. p. X. Leonardzie Giełbickim, proboszczu parafii Łukowa w guberni Lubelskiej w Królestwie polskim istniejącej z jakiegokoliek tytułu sobie roszczaće — aby z takowemi w przeciagu dni 60 wystąpiły

i takowe udowodniły — po uplywie bowiem tego terminu pozostałość po sw. p. X. Leonardzie Giełbickim, proboszczu parafii Łukowa w guberni Lubelskiej w Królestwie polskim istniejącej z jakiegokoliek tytułu sobie roszczaće — aby z takowemi w przeciagu dni 60 wystąpiły

i takowe udowodniły — po uplywie bowiem tego terminu pozostałość po sw. p. X. Leonardzie Giełbickim, proboszczu parafii Łukowa w guberni Lubelskiej w Królestwie polskim istniejącej z jakiegokoliek tytułu sobie roszczaće — aby z takowemi w przeciagu dni 60 wystąpiły

i takowe udowodniły — po uplywie bowiem tego terminu pozostałość po sw. p. X. Leonardzie Giełbickim, proboszczu parafii Łukowa w guberni Lubelskiej w Królestwie polskim istniejącej z jakiegokoliek tytułu sobie roszczaće — aby z takowemi w przeciagu dni 60 wystąpiły

i takowe udowodniły — po uplywie bowiem tego terminu pozostałość po sw. p. X. Leonardzie Giełbickim, proboszczu parafii Łukowa w guberni Lubelskiej w Królestwie polskim istniejącej z jakiegokoliek tytułu sobie roszczaće — aby z takowemi w przeciagu dni 60 wystąpiły

i takowe udowodniły — po uplywie bowiem tego terminu pozostałość po sw. p. X. Leonardzie Giełbickim, proboszczu parafii Łukowa w guberni Lubelskiej w Królestwie polskim istniejącej z jakiegokoliek tytułu sobie roszczaće — aby z takowemi w przeciagu dni 60 wystąpiły

i takowe udowodniły — po uplywie bowiem tego terminu pozostałość po sw. p. X. Leonardzie Giełbickim, proboszczu parafii Łukowa w guberni Lubelskiej w Królestwie polskim istniejącej z jakiegokoliek tytułu sobie roszczaće — aby z takowemi w przeciagu dni 60 wystąpiły